

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 6

Artikel: Bleiben die Sozialdemokraten die Prügelknaben des Volkes? :
Nachdenken über die SPS
Autor: Hubacher, Helmut / Maissen, Toya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nachdenken über die SPS

Ein Gespräch mit Helmut Hubacher, SPS-Präsident

Die Sozialdemokratische Partei hat in den vergangenen Wochen wieder einmal aufs Haupt bekommen. Sitze gingen verloren, Resignation macht sich breit, Selbstkritik grassiert. Das Selbstbewusstsein ist angeschlagen. Haben wir alles falsch gemacht? Darüber haben SPS-Präsident Helmut Hubacher und Rote-Revue-Redaktorin Toya Maissen laut nachgedacht. Daraus ist das folgende Gespräch entstanden.

Helmut Hubacher: Selbstkritik heisst suchen nach dem, was man falsch gemacht hat. Vor allem sind es objektive Gründe, weshalb wir es so schwer haben.

Und das Selbstbewusstsein war noch nie die Stärke der Sozialdemokraten. Wir sind im allgemeinen eher zu wehleidig. Wir leiden manchmal auch an unserer eigenen Masslosigkeit. Masslos in der Kritik, masslos in der Selbstkritik, masslos auch in der Idealisierung. Es gibt bei uns Leute, die meinen, man könne bestehende Wirtschaftsstrukturen einfach mit dem Zauberschlüssel Selbstverwaltung aus den bisherigen Angeln heben. So fehlt manchmal das Mass, einzusehen, wie weit man gehen kann. Wenn es dann nicht funktioniert, wird die Selbstkritik masslos. Man wird wehleidig. Wir haben grosse Leistungen vollbracht. Aber nach einer Niederlage wird nur noch schwarz gemalt. Für mich ist Trauer keine Politik.

Toya Maissen: Bei den jüngsten Niederlagen wird in unseren Reihen zum Teil die gleiche Kritik geübt, wie sie auch das Bür-

gertum seit Jahren übt. Nämlich: zu viele Linke, zu viel Intellektuelle, Missachtung des Arbeitnehmerflügels, wobei dieser ja nie definiert wird. Dabei wird verschwiegen, dass unsere Stammwähler, als Arbeiter im traditionellen Sinn, in absoluten Zahlen ständig abnehmen sowie auch unsere Mitgliedschaft abnimmt und teilweise überaltert ist.

HH: Der Zürcher Freisinnige de Capitani hat in einem Interview einmal gesagt, wir sollten einfach den linken Flügel abhauen, dann sei bei uns wieder alles i.O. Diese Ratschläge geben uns die gleichen Leute, welche den Arbeitern das Ausüben eines politischen Mandates erschweren oder verunmöglichen.

Es sind zudem die gleichen Kreise, welche ihre offizielle Politik in ihren Parteien einigermassen honorig über die Runden bringen, daneben aber ihre politischen Subkulturen finanzieren, die uns jahraus, jahrein in seitenlangen Inseraten diffamieren. Da wird bürgerlicher Stalinismus betrieben: Linke werden als Staatsfeinde behandelt. Von dieser Seite akzeptieren wir keine Belehrungen. Mir machen aber auch die Absoluten in unserer Partei Angst, jene, die für alles ein Patentrezept haben, und wenn man mit etwas nicht einverstanden ist, so wird man gleich zum «Verräter» abgestempelt.

TM: Es gibt aber auch das Umgekehrte: Ich habe das Gefühl, dass jedesmal, wenn wir einen Tiefschlag einstecken, immer nur die Linken zur Kasse kommen. Damit werden die eigentli-

chen Probleme überdeckt, eben die objektiven Zustände in diesem Land und in dieser Gesellschaft. Kommt hinzu, dass der ohnehin nicht grosse Zustrom junger Leute zur Partei dadurch noch dünner wird.

HH: Die eigentliche Jugendbewegung war immer ein Problem in unserer Partei. Zu meiner Zeit war es die SDJ, die Sozialdemokratische Jugend. Die Gruppen waren immer klein.

Die Jusos haben heute auch Mühe. Vor wenigen Jahren war etwas in Bewegung gekommen, es wurden neue Gruppen gegründet. Jetzt haben sie sich meiner Meinung nach mit dem Thema etwas verrannt. Die Abschaffung der Armee ist in diesem Land einfach kein Thema.

Aber die Verketzerung der Intellektuellen ist immer eine reaktionäre Haltung gewesen, im Extremfall faschistische Politik, denk an Hitler und Goebbels! Die Aktivisten in unserer Partei sind meistens Linke.

TM: Mir hängen die ewigen Schuldzuweisungen an die Linken auch im Hinblick auf die neuen Wählerjahrgänge zum Hals heraus. Wir sind schwer im Hintertreffen mit unserer Selbstdarstellung, auch im Vergleich mit anderen linken oder neuerdings grünen Gruppierungen. Etwa zum Vergleich die Poch: sie haben von Anfang an ein Selbstbewusstsein an den Tag gelegt, das in keinem Verhältnis zu ihren politischen Leistungen steht.

HH: Auch von ihrem Verhalten her sind sie nicht halb so demokratisch, wie sie vorgeben. Ihre Struktur ist eine reine Kaderstruktur. Ihre Führungskräfte kommen z.T. aus dem bürgerlichen Milieu, von dort bringen

sie das Selbstbewusstsein mit. Die Berührung mit der traditionellen Arbeiterbewegung ist sehr gering. Nun haben sie auch noch das Ross gewechselt — völlig richtig übrigens. Wenn man bei uns parteiintern die Linke verketzert, so geschieht, was in Luzern passiert ist, wo es in der SP keinen linken Flügel gab, deshalb ist die Poch dort so stark geworden. Anders ist es in Zürich, wo man von unserer Seite her den Wähler überfordert hat. In der Jugendpolitik hat die Partei aus einer absolut redlichen Haltung nach Lösungen gesucht, und zwar konstruktiven Lösungen, zum Beispiel das Patronat über das AJZ. Doch ist es dem politischen Gegner gelungen, diese Politik mit den Krawallmachern zu identifizieren, unsere Partei als eine diesen Krawall befürwortende abzustempeln.

Die Partei hat es versäumt (auch dank dem Medienungleichgewicht), diesen Unterstellungen klar und deutlich entgegenzutreten. So sind die Krawalle in den Augen vieler Wähler an der Partei hängengeblieben. Traditionelle Wähler/-innen zogen die «Gelbe Karte».

TM: Für jüngere Generationen ist es eben sehr viel wichtiger, unter welchen Bedingungen sie in diesem Land leben müssen, als etwa Sozialpolitik und Vollbeschäftigung. Wir haben doch jetzt Schwierigkeiten, eine Politik, die 100 Jahre lang richtig war, nämlich eben Sozialpolitik und Vollbeschäftigung, neuen Generationen verständlich zu machen, welchen die Umweltpolitik sehr viel wichtiger ist. Wir haben zweierlei von Enttäuschten: die Arbeitnehmer einerseits, die Jungen, die Frauen und die Grünen andererseits. Deshalb ist die Frage doch wohl berechtigt: Wie sieht die SPS 1990 aus? Das ist in nur sieben Jahren.

HH: Grün und Rot sind keine Gegensätze. Sinnvolle Sozialpolitik ist nur in einer intakten Natur und Umwelt möglich. Weder kann die Wirtschaft in einer kaputten Umwelt florieren, noch entfaltet der Mensch in einer inhumanen Arbeitswelt seine Fähigkeiten, noch genießen Alte im totalen Verkehrslärm oder in der absoluten Isolation ihre AHV-Renten. Sozialpolitik in der neuen Dimension wird umfassend.

TM: Meine Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit der Basler Chemie z.B. und zwangsläufig auch mit ihren Arbeitnehmern haben mir das Gegenteil gezeigt. Viele Arbeitnehmer haben Angst vor zuviel Umweltschutz, werden sogar aggressiv, weil man sie immer wieder mit den Arbeitsplätzen erpresst. Umweltschutz als Angriff auf den Arbeitsplatz, das wird ihnen doch täglich eingeblut.

HH: Im «Harvard Magazin» erschien der Artikel: «Wie man mit Umweltschutz Kasse macht». Findige Manager haben gemerkt, dass sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie umweltfreundlich ist und erst noch besser rentiert. Im übrigen stecken wir bereits in der «grünen Offensive». Die SP-Fraktion deponierte seit 1979 allein drei Dutzend grüne Vorstösse.

TM: Trotzdem ist es uns nicht gelungen zu zeigen, was wir hier getan und auch erreicht haben, sonst wären die Grünen einfach nicht so gross geworden. Wir können das offensichtlich nicht richtig darstellen. Es wird nicht honoriert. Die Umweltbewussten trauen es uns einfach nicht zu, dass dies unsere Leistungen waren.

HH: Es gab eine Zeit, da träumte man bei uns von Autobahnen und vom Auto für je-

den, auch für den Arbeiter. Das Auto wurde zur sozialen Errungenschaft. Nun ist es da und stösst an die gesellschaftspolitischen Grenzen. Erhard Eppler sagt es so: «Was nützt Fortschritt, wenn er zerstört?» Damit stehen wir mitten im parteiinternen Problemkreis. Die SPS hat eine gemischte Struktur: traditionsbewusste Anhänger, für die sozialer und technischer Fortschritt tabu ist, jüngere Anhänger, die voll auf die ökologische Karte setzen. In den Ämtern, bei den Mandatären und im Parlament dominiert noch der traditionell geschulte Typus, die grünen Roten aber sind die aktive Minderheit. In der «Berner Mechanik», lies National- und Ständerat, fehlt die junge Generation vollständig und sind die Frauen krass untervertreten. Die Poch als junge Bewegung ist da etwas anders dran.

TM: Die Poch werden mit kritischem Wohlwollen vom Bürgertum bedacht, auf der SPS wird herumgehackt, weil sie dem Bürgertum offensichtlich viel gefährlicher wird — nur der Wähler merkt nicht, welches Spiel da gespielt wird.

HH: Die Bürgerlichen nützen diese Schwächung der Linken eben geschickt aus. Das ist es historisch gesehen. Partei und Fraktion sind stark eingebunden in die Berner Polit-Mechanik: Parlamentsarbeit und Bundesratsbeteiligung. Wir schlagen uns herum mit Finanzpolitik, ein ungelöstes, aber ewiges Traktandum. Es demonstriert nur die Ohnmacht der Politik. Ich glaube, wir leiden unter der Sterilität eines Systems, in dem nichts mehr Kühnes, ja nicht einmal etwas pragmatisch Vernünftiges in nützlicher Frist realisiert werden kann. Der Leerlauf nimmt zu, auch das Missbehagen der offiziellen Politik gegenüber, mit

der wir stark verhangen sind. Die Poch z.B. haben hier einen Vorteil, obwohl sie ja auch an die Regierungen drängen.

TM: Warum überlegt sich denn diese Fraktion nicht gelegentlich doch, andere Formen der Politik und des Fraktionslebens innerhalb dieses maroden Systems einzuführen.

HH: Die Fraktion arbeitet sehr seriös, mit viel Aufwand, aber ich glaube, dass eben die Menschen in diesem Land immer mehr zur Auffassung gelangen, dass die offizielle Politik gar nicht die massgebliche ist, und schon gar nicht die Macht ausübt. Nach Bundesverfassung wäre das Parlament die oberste gesetzgebende Behörde. Der Nationalratspräsident ist der erste Mann/Frau im Staat, dabei ist das reine Folklore. Das Parlament sollte die Macht haben, aber in Wirklichkeit zeigt es viel Schwäche. In dieser Position ist das Parlament und sind wir als traditionell demokratische Partei, die jahrzehntelang für die Regierungsbeteiligung gestritten und gelitten hat. Wir werden mit einem System identifiziert, an das immer weniger Leute glauben, identifiziert mit einem politischen System, das pervertiert ist. Wir haben zwar die direkte Demokratie, aber das System lässt die Parteien «verrecken», die diese Demokratie tragen sollten. Wir sind das einzige Land ohne Parteienfinanzierung. Für die Bürgerlichen ist das kein Problem. Ihre Parteien werden über die Wirtschaft ausgehalten. Die Zuhälterei passt ihnen, und als Subkultur werden die Kampfbüros unterhalten, welche sich vornehmlich damit beschäftigen, uns unter diesem oder jenem Namen zu diffamieren. Da sind wir wehrlos, uns fehlen die Millionen.

TM: Unsere Teilnahme in diesem kaputten politischen System ist doch dafür verantwort-

lich, dass unsere Glaubwürdigkeit gelitten hat.

HH: Der soziale Durchbruch gelang nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Wirtschaft florierte, es reichte auch für den sozialen Ausbau. Die wesentlichen sozialen Errungenschaften wurden über den Staat realisiert. Das hat geändert. Der Staat wird verteuft. Die FDP hat effektiv den Bruch mit dem Staat vollzogen. Die SPS als Minderheitspartei steht am eindeutigsten zum Staat und wird dafür oft geprügelt. Das Paradoxe: die bürgerlichen Mehrheitsparteien überlassen die Verteidigung des Staates der SP. Sie besetzen die Posten, wir haben die politischen Kosten.

TM: Die Frage der Regierungsbeteiligung wird wohl früher oder später gerade deshalb wieder kommen, weil das System kaputt ist.

HH: Das ganze politische System ist in Frage gestellt. Hans Tschäni hat recht in seinem Buch «Wer regiert die Schweiz?» Weder Volk noch Parlament regieren, es sind andere Kräfte. Was ist denn mit den Volksinitiativen? Wie war es denn bei der Atomschutzinitiative? Die Fragestellung war so verfänglich, dass es schon an Betrug grenzte, die Irrtumsquote überdurchschnittlich, sonst wäre diese Initiative angenommen worden. Volksrechte als Folklore, das ist schlimm.

TM: Ist es nicht möglich, dass der Wähler uns eines Tages in die Opposition schickt? Dass uns die bürgerliche Mehrheit einen Sitz im Bundesrat streicht? Wäre die SP Zürich nicht heute schon Oppositionspartei, wenn nicht in Hedi Lang eine unbestrittene und integre Politikerin zur Verfügung gestanden hätte? Könnte das auch einmal im Bund passieren? Oder bleiben wir bei der Stange und setzen

uns dem Vorwurf aus, nicht nur die Reparaturkolonne des Kapitalismus zu sein, sondern auch jene eines kranken politischen Systems, an das bald nur noch wir selber glauben?

HH: Die heutige Zauberformel mit den zwei Sitzen haben wir mit zehn Mandaten weniger durchgesetzt, als wir heute haben. Es war eine folgerichtige Entwicklung. Die heutige CVP wurde viel früher integriert, dann kam in den dreissiger Jahren der Bauernstand mit der BGB dazu und schliesslich in den Kriegsjahren auch die Arbeiterschaft. Wir sind nicht in die Regierung gekommen wegen unserer schönen Augen, sondern weil die Bürgerlichen gemerkt haben, dass wir eine politische Kraft sind, die zu vernachlässigen gefährlich war. Wir haben unsererseits die Regierungsbeteiligung angestrebt, weil wir in diesem System in der Regierung mehr realisieren konnten als zuvor in der Opposition. Mit einem Sitz allerdings würden wir uns nicht zufrieden geben. Dann hiesse die Parole sicher abmarschieren. Für mich steht die direkte Demokratie zur Diskussion, weniger die Regierungsbeteiligung. Diese direkte Demokratie funktioniert schlecht. Unter dem Kommando des Freisinns distanziert sich die politische Rechte zunehmend vom Staat und kooperiert mit der Macht ausserhalb der Politik, d.h. mit den effektiven Machthabern. Damit wird die Politik degradiert, pervertiert und denaturiert. Da die SPS den Sozialstaat am stärksten stützt, spürt sie dessen Schwächung am deutlichsten.

TM: In dieser Situation müssten wir uns doch Gedanken machen, ob und wie wir gegen dieses marode System antreten können. Je länger wir dieses System mittragen, je länger wird es überleben. Die anderen wer-

den keine Änderungen anstreben, denn je kaputter es ist, umso geschmierter läuft der bürgerlich-kapitalistische Privatladen.

HH: Ich möchte das Thema Bundesratsbeteiligung nicht im gequälten Politton angehen. Die Regierung ist ein Vehikel zwecks Durchsetzung von Anliegen. H.P. Tschudi hat in den 14 Jahren Bundesrat für den sozialen Ausbau der Schweiz mehr erreicht, als wir in 50 Jahren Opposition geschafft hätten. Problematisch wird der Bundesrat dann, wenn auch er zum sozialen Bremserclub übertreten sollte. Was wir brauchen, ist eine gesunde, harte, radikale Linie, aber nicht eine unrealistische. Wir können diese Schweiz nicht immer verbal auf den Kopf stellen. Wir müssen konkreter werden. Wenn wir eine globale Bodenreform anstreben, die dringend notwendig wäre, so sind wir sofort jene, die dem kleinen Mann das kleine Häuschen wegnehmen wollen. Wenn wir aber, was bescheidener, dafür konkreter wäre, z.B. die Fluss- und Seeufer freikämpfen würden, würden wir besser verstanden. Wir lassen uns immer wieder den Begriff Systemveränderer negativ einbrennen, was ein Quatsch ist. Die grossen Systemveränderer sind bei der Elektrowatt, bei der Bankgesellschaft, bei den grossen Konzernen zu suchen, die über die Technologie das System viel mehr verändern.

Die ganze Arbeitswelt wird verändert, ohne dass die Politik etwas dazu sagen kann. Gleichwohl wird der SPS ein wirtschaftsfeindliches Image angelastet, obschon diese Partei mit dem SGB in den letzten Jahrzehnten am meisten zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilität beigetragen hat — man blicke nur ins Ausland.

TM: Solange der Laden so läuft, wie das jetzt der Fall ist, sehe ich ein, dass wir vorläufig in der Regierung bleiben müssen. Aber mir ist niemals eingegangen, weshalb die SP-Vertreter in den Regierungen sich mit solcher Verbissenheit dem vom Bürgertum aufoktroiierten Kollegialsystem unterworfen haben. Es gibt keinen Grund, weshalb ein SP-Bundes- oder Regierungsrat nicht einmal sagen kann: «Diese Sache kann ich nicht mittragen, ich füge mich zwar dem Mehrheitsbeschluss, führe gegebenenfalls diesen Beschluss auch aus, aber es ist nicht meine Politik, nicht meine Auffassung.» Kein vernünftiger Mensch würde sich aufregen oder nach Rücktritt rufen, wenn dieses unehrliche und undurchsichtige Kollegialitätsprinzip in wichtigen Fragen aufgebrochen würde und unsere Leute ihre Wahrheit, die sozialdemokratische Wahrheit sagen würden. Furgler ist schliesslich mit grossem Trara bei der Fristenlösung auch in den Ausstand getreten. Kein Mensch hat sich aufgeregt. Das wäre für mich ein dringend notwendiger Akt des Selbstbewusstseins.

HH: Der Bundesrat ist ein verschwiegener und verschworener Club, unter der gediegenen Etikette «Kollegialsystem». Seine Beschlüsse sind anonym. Das begünstigt im jetzigen Stagnationsstadium eher die bürgerlichen Mehrheitsparteien. Unsere beiden Vertreter müssen oft aufs Maul hocken, obschon die Wähler/innen von ihnen liebend gerne das erlösende Wort hören würden: «Da mach(t)en wir nicht mit». Das Kollegialsystem ist eben à prendre ou à laisser.

TM: Nehmen wir das Umweltschutzgesetz. Einem jungen (und nicht nur einem jungen) sozialdemokratischen Aktivi-

sten tut dieses Gesetz verdammt weh, er sieht, wie schlecht es ist, wie verlogen, wie verantwortungslos. Er sieht auch, der Kommissionspräsident war ein Sozialdemokrat, zugestimmt haben auch die Sozialdemokraten. Der Aktivist ist total frustriert. Denn dieses Gesetz läuft jetzt auch unter unserem Gütezeichen.

HH: Als es 1972 um den 13. Monatslohn für das Bundespersonal ging, war der Genfer Liberale Deonna Kommissionspräsident. Er legte das Präsidium nieder. Der bürgerliche Trumpfbuur-Ableger in der Romandie übergab das Geschäft einfach mir. Es ist durchaus möglich, sich so zu verhalten.

TM: Das Programm hat viele Leute in der Partei, vor allem die Leute links der Mitte, ich nenne sie die radikalen Realisten, zusammengescheisst. Das Programm verliert jedoch dann seine integrierende und stimulierende Wirkung, wenn es von aussen links zur Sau gemacht und von den Mandatsträgern nicht ernst genommen wird. Ritschard, um noch einmal auf ihn zu kommen, hat an der Mustermesse eine Rede an die versammelte Wirtschaft gehalten, der dabei nicht nur das Lachen, sondern auch der wohlwollende Applaus verging: es war eine programmgerechte Auslegung, voller bitterer Wahrheiten, die uns die politische Praxis täglich lehrt. Im Zusammenhang mit den jüngsten Chemieaffären müssten wir jetzt, um glaubwürdig zu bleiben, sagen, dieses Umweltschutzgesetz taugt nicht, wir tragen es nicht mehr mit, es war ein Irrtum, es zu unterstützen. Es ist ja keine Schande, klüger zu werden und Irrtümer einzusehen, selbst die eigenen.

HH: Manchmal habe ich das Gefühl, wir reden in der Politik

überhaupt von ganz anderen Problemen als das Volk, und machen Politik in einer anderen Denkwelt. Ich habe zu Hause mit meinen Kindern und meiner Frau über die Situation der Umwelt diskutiert. Ich habe bei meinen Kindern und bei meiner Frau eine Radikalität in Umweltschutzfragen zur Kenntnis nehmen müssen und eine Härte, mit der die Meinung vertreten wurde, dass wir Politiker allesamt Schlappschwänze seien und es so einfach nicht mehr weitergehen könne.

TM: Das ist kein Zufall. Frauen und Jugendliche sind radikaler geworden. Sie stellen die patriarchalische Gesellschaft in Frage.

HH: Die Frauen werden zweifellos in Zukunft die Politik stärker bestimmen, massgeblich stärker. Auch sonst ändert die Tonlage. Aber nicht in der Fraktion in Bern. Da heisst es Finanzpolitik, Schwerverkehr und SBB-Defizit. Alles wichtige Fragen. Aber die Leute beschäftigen offensichtlich andere Probleme viel mehr als der Bundeshaushalt. Wieso wohl bringt man eine Menschenkette von 3½ km zustande, wenn es um ein Atomkraftwerk geht. Der Parlamentarismus läuft Gefahr, dass er immer noch den Schnee von gestern schaufelt. Dabei haben sich die Menschen ganz andere Schwerpunkte gesetzt. Wir leben aneinander vorbei. Wir bekommen in Bern Traktandenlisten, wie die Kühe das Fressen, mit ganz anderen Problemen, als sie im Volk empfunden werden, vor allem der aktive Teil der Bevölkerung empfindet. Das AKW Kaiser-augst ist in der Nordwestschweiz das grössere Problem als das Bundesdefizit. Wir treten an Ort. Ein Teil der Bevölkerung ist in diesem System nicht vertreten.

TM: Der liberale Oberdenker der FDP, Ralf Dahrendorf, hat in seinem neusten Buch geschrieben, dass das 20. Jahrhundert in Europa das Jahrhundert der Sozialdemokratie war, dass es aber damit vorbei sei und wir keine Chancen mehr hätten. Wenn man jetzt so miterlebt, wie wir in die Klemme geraten sind, wie wir von allen Seiten gebeutelt werden, dazu die Schwierigkeiten mit uns selber, so möchte man glauben, dass dieser liberale Wunschgedanke, dem übrigens Peter Glotz vehement widersprochen hat, doch noch Wirklichkeit werden könnte. Ich frage mich manchmal, wieviel wir eigentlich aushalten können.

HH: Dahrendorf ist zwar interessant, aber für die SPS kein massgeblicher Theoretiker. Für mich haben zum Beispiel Erhard Eppler, der «Wege aus der Gefahr» zeigt, oder auch ein Joseph Huber oder Johano Strasser eine ganz andere Qualität.

TM: Das sind aber gerade die grossen Warner, die uns immer wieder sagen, dass wir eine andere Politik machen müssen.

HH: Sie haben auch recht. Davon bin ich überzeugt. Eppler hat doch die Zukunftsfragen weitsichtiger beurteilt als die sogenannten Macher der SPD. Sein «Nachteil» war, dass er mit einer wenig volkstümlichen Art gewarnt hat. Die SPD regierte dreizehn Jahre, erreichte Enormes, aber vernachlässigte auch vieles: die Umwelt zum Beispiel. Da plädierte Hans Jochen Vogel ein paar Wochen vor den Wahlen für Schutz und Pflege des Waldes, bedauerte, dass die Milliarden in den Schnellen Brüter und nicht in den Abbau der Umweltverschmutzung durch die Ruhr-Schwerindustrie investiert wurden. Erhard Eppler forderte

rechtzeitig die Wende, forderte eine aktivere Beschäftigungs- und sozialere Steuerpolitik: vergeblich. Heute findet er wiederum Gehör, Eppler ist jetzt in der SPD «in». Zur Sozialpolitik gehören nicht «nur» rechter Lohn, anständige Renten, leistungsfähiger Krankheitsschutz usw., sondern ebenso die humane Arbeitswelt, die Arbeitsplatzsicherheit, das Recht auf Arbeit und nicht auf Arbeitslosigkeit, die intakte Umwelt und nicht die kaputte Natur.

TM: Diesen neuen Kurs, von dem du sprichst, haben wir teilweise ja eingeschlagen. Aber hat das nicht zur Folge, dass das unseren Weg durch die Talsohle noch verlängern wird?

HH: Wir werden dann aber auch die ersten sein, die wieder herauskommen. Das ist auch eine Möglichkeit. Die Bürgerlichen werden das Lösungsangebot von uns übernehmen. In einem sind sie Meister, deshalb sind sie ja auch solange an der Macht: Sie sind lernfähig. Sie haben von uns viele Postulate übernommen, die sie zuerst vehement abgelehnt haben, und bringen sie als eigene Idee. Ich bin überzeugt, die kommen auch noch auf die grüne Welle, aber der Preis ist hoch, weil sie die Entwicklung vorerst bremsen. Sie werden immer nur das Allernotwendigste zulassen. Das war immer ihre Taktik: die erfolgreichen Rückzüge. Unsere Erfolge sind uns in der Vergangenheit nur über die Teilnahme am Staat möglich gewesen, und im Moment ist die Leistungskapazität des Staates gering, er kommt unter Beschuss der Bürgerlichen. Man greift die AHV mit sogenannten wirtschaftlichen Gutachten an. Das ist eine Vorleistung dafür, dass sie den Rechtsanspruch der AHV langsam bestreiten wollen. So müssen wir verteidigen, was wir erreicht haben. Und

Verteidigung ist eine nachteilige Position. So sind wir von allem, was negativ erscheint in diesem Staat, besonders betroffen, vielmehr als die Freisinnigen. Die Frage stellt sich, ob wir nicht zu tüchtige Macher waren und den kapitalistischen Staat vor dem sozialen Kollaps gerettet haben. Umgekehrt war es nie die Strategie der Sozialdemokratie, auf die Katastrophe zu setzen, nach dem Motto: auf einem Trümmerhaufen wachsen die schönsten Blumen. Im Schutt ist jede Blume am schönsten. Wir mussten neben der Utopie von morgen auch das Pragmatische von heute beachten.

TM: Dem Durchschnittsbürger geht es nicht mies. Nur materiell gesehen. Dass es sonst nicht mehr stimmt, fängt er langsam an zu merken, und dann geht er auf uns los. Das ist es, was mich so erbittert. Die anderen führen die grossklobigen Parolen wie «Mehr Freiheit — weniger Staat» oder «AHV statt Panzer», Parolen, deren Inhalt so wenig mit praktischer Politik etwas zu tun haben, dass man sich wundert, wie viele Leute darauf hereinfallen.

HH: Wir sind immer für alles verantwortlich, obwohl wir noch nie eine Mehrheit hatten. Das sehe ich an den unzähligen Briefen, die ich bekomme, und ich antworte dann immer, dass wir ja nur 50 von 200 im Nationalrat sind...

TM: Das hat aber auch eine positive Seite: es zeigt doch, dass man uns wenigstens noch irgendwelche Ideale zutraut, dass man von uns erwartet, dass wir versuchen, die Politik zum Besseren für die Menschen zu lenken. Im Grunde genommen sind das unsere heimlichen oder offenen enttäuschten Liebhaber, die auf uns herumhacken oder dir schreiben. Die

Erwartungshaltung uns gegenüber, das gilt auch für die ganz junge Generation, ist enorm gross.

HH: SP könnte «sozial patentiert» bedeuten. Auch Nicht-SP-Wähler erwarten von uns ganz selbstverständlich das soziale Engagement und meinen, wir könnten auch als Minderheit der Mehrheit diktieren. Nichtwähler sind da vielfach anspruchsvoller als andere. Nun bleibt es die historische Leistung der SP, den Sozialstaat massgeblich konstruiert zu haben. Nur zählen historische Verdienste nicht allzu lange. Wir müssen die Sozialpolitik neu definieren, oder, wie es Günther Nenning sagt: «Rot ist das schönste Grün».

TM: Also dabei bleiben? Ein prominenter sowjetischer Schriftsteller hat mir einmal auf die Frage, warum er Parteimitglied sei, gesagt: man kann doch die Narren nicht sich selbst überlassen. So kommt mir manchmal unsere Stellung in der Regierung vor. Richard Müller hat in der «Tagwacht» kürzlich geschrieben, in der SP seien Mutmacherparolen gefragt. Was sind solche Mutmacherparolen?

HH: Es muss die Wende sein. Es ist so bei uns, dass wir entweder zum Übermut oder zur totalen Resignation neigen.

TM: Wir sind eben eine emotionale politische Bewegung, keine Stabszentrale für Profite. Das macht für mich die Sozialdemokratie so anziehend. Ein Grund, warum ich ihr niemals den Rücken kehren könnte, ist ihre hohe Emotionalität, das gibt ihr das menschliche Gesicht. Gerade in dieser Frage ist sie ja alles andere als eine linke Kaderpartei.

HH: Trotzdem gehen die Niederlagen ja nicht spürbar an

den Leuten vorbei. Zürich ist da ein Beispiel, wo ganze Sektionen lahmgelegt sind. Jetzt müsste eigentlich eine Art Trotzstimmung Platz greifen.

TM: Mir macht Sorgen, dass viele, vor allem jüngere Leute dem Leidensdruck nicht standhalten. Das ist es auch, was ich immer an diesen älteren Genossen — ich meine jetzt nicht die Rechtsabspalter in Zürich oder Basel — so bewundere. Ihr Standvermögen. Das haben sie in der Regel den Jungen wirklich voraus.

HH: Das begreife ich gut. Zum Beispiel eine AHV zu schaffen ist ein realisierbares Ziel. Aber ist es denn sicher, dass der Atomkrieg verhindert wird, dass die Umwelt nicht ganz kaputt geht? Die Zielsetzungen sind sehr viel schwieriger geworden. Der Kulturpessimismus ist nicht ganz unberechtigt, wenn man sich etwas umsieht in der Welt. Aber lass mich fragen, was sind denn deine Mutmacherparolen? Zum Beispiel für die Wahlen? Was kann man einem demobilisierten Wahlvolk denn sagen? Etwas, das glaubwürdig ist und nicht einfach nur ein Gag oder Schlagwort?

TM: Also einfach mit liederlichen Parolen, selbst wenn sie noch so schlagkräftig tönen, dürfen wir nicht arbeiten. Ich denke, wir müssen die Wahrheit sagen. Ohne wehleidiges Gejammer. Wir sind hier zwar medienpolitisch schwer im Nachteil (das ist systemimmanent) und nicht nur medienpolitisch. Wir müssen diese Nachteile, die uns oft in Fehler uminterpretiert werden, erklären. Der Ist-Zustand in diesem Land, das müssen wir deutlich machen, ist eine Demokratie, die nicht mehr funktioniert. Es ist unsere Aufgabe, die Verlogenheit in dieser Gesellschaft

aufzudecken. Hierzulande wird ja nicht einfach plump gelogen, sondern man sagt einfach nicht die ganze Wahrheit, das ist ein feiner Unterschied. Unsere Aufgabe ist es, wahrhaftig zu sein. Wir brauchen Wahrheitsfindung. Der Bürger muss erfahren, was wirklich los ist, und dann soll er sich entscheiden. Jetzt wird ihm das aber mit den unglaublichsten Tricks einerseits und mit Angst um den Arbeitsplatz andererseits verunmöglicht.

HH: Wie kommen wir aber an die Leute heran, ohne dass das, was wir zu sagen hätten, einfach als Wahlpropaganda abqualifiziert wird. Wie kommen wir an den Mann, an die Frau heran, die ausgestiegen ist? Für Wahlen wird kurzfristig disponiert. Die Wahlen sind bedeutungsvoll. Alles prophezeit uns einen kühlen Herbst. Ich meine, Prügel habe die SP nun genug bekommen, im Herbst braucht sie Stimmen. Über den unmittelbaren Wahltermin hinaus muss es uns gelingen, eine

glaubwürdige Alternativstrategie zu vertreten. Wir haben in diesem Gespräch die finanzielle, wirtschaftliche, medienpolitische und einflussmässige Übermacht der politischen Rechten zur Genüge dargetan. In der «Steinzeit» der demokratischen Arbeiterbewegung wurden merkwürdigerweise die grössten Eigenleistungen vollbracht, obschon diese damals schwächer war als heute. Volkshäuser wurden gebaut, Ferienheime ebenso, der Generalstreik ging ins Schweizerland, Druckereien wurden gegründet, mit Tageszeitungen, deren Einfluss grösser war als heute, u.a.m. Ich glaube eben, dass klare Alternativen stark machen. Für unsere Politik sehe ich das so: Sozialabbau, das müssen wir deutlich markieren, gelingt nur über unsere politische Leiche. Der energiepolitischen Gigantomie mit Atomkraftwerken setzen wir verständliche Alternativen entgegen: Sparen ist einfacher, als den Atommüll zu verlocken. Der Deutsche Bundestag rech-

nete aus, dass bei der Raumheizung 70%, beim Benzinverbrauch 60%, beim industriellen 30% und bei der Übertragung 30% Energie eingespart bzw. effizienter verwendet werden kann. Energiesparen ist die grösste Energiequelle der Zukunft. Die moderne Technik erlaubt Dutzende von Möglichkeiten, ohne dass wir uns einschränken brauchen, sondern indem «nur» die Verschwendung abgebaut wird. Wir müssen radikaler, nicht unvernünftiger, werden. Gesunder Radikalismus anstelle von oft ängstlichen Kompromissen. Natürlich bleibt in der Schweiz der erste Schritt der wichtigste. Wird dieser nicht getan, passiert nie etwas. Aber wer zu kleine Schritte nimmt, stolpert oft über Meilensteine. Das bewährte Soziale gilt es zu bewahren, das neue Soziale kommt hinzu. Und bei der Umwelt reicht die Zeit für dünne Kompromisse nicht mehr aus. Wenn wir das begreifen, hat die SP eine grosse Chance.

Keine Entscheidungen ohne ethische Massstäbe

Das neue magische Dreieck

Von Werner Geissberger

Zum ersten Mal überhaupt hat sich die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) herabgelassen, an eine ihrer Tagungen Vertreter der Umweltschutzorganisationen einzuladen. Es ging um das in diesen Kreisen längst fällig gewordene Thema «Atomenergie und Umwelt». Das Referat von Werner Geissberger drucken wir im folgenden leicht gekürzt ab. Es hat insofern Aktualität, als sich derzeit ja auch die nationalrätliche Kommission über die Rahmenbewilligung für den Bau des AKW Kaiseraugst schlüssig werden muss.

Einigkeit herrscht über das Ziel einer eidgenössischen Energiepolitik: Es gilt, eine sichere, kostenoptimale, umweltschonende Energieversorgung unseres Landes sicherzustellen und

damit letzten Endes das Wohlbefinden des Volkes zu fördern. In dieser Grundeinstellung sind sich Befürworter und Gegner der Atomenergie gewiss einig. Was aber von kühlen Rechnern

oft übersehen wird, *Entscheidungskriterien* sind ohne *ethische Massstäbe* fragwürdig. Vereinfacht ausgedrückt: Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie setzt — so sagt es ihr Name — auf Atomenergie. Die Umweltorganisationen geben in dieser Phase der technologischen Entwicklung — mit einem Blick auf unsern geplünderten Planeten — der Einsparung, der besseren Nutzung der heute erschlossenen Energiequellen und der Auswertung erneuerbarer Ressourcen den